

Grundsatzerklärung der *Libertären Plattform* in der FDP

Die Libertäre Plattform

Der Liberalismus hat an Schärfe und Klarheit verloren. Wenn heute von Liberalismus gesprochen wird, ist oft ein beliebiger Liberalismus zu verzeichnen, so dass sich sogar unter Liberalen verschiedene Strömungen etatistischen Gedankengutes wiederfinden. Neoliberale Argumente im ursprünglichen Sinne werden kaum noch vertreten, der Liberalismus ist geprägt vom Interventionismus und dominiert von einer moderaten Spielart des Sozialismus, dem Sozialliberalismus. Gemein haben all diese Strömungen, dass sie sich zwar liberal nennen, mit Liberalismus aber wenig zu tun haben.

Aus diesem Grunde haben sich FDP-Mitglieder, die für einen entschiedenen Liberalismus eintreten, in der Libertären Plattform zusammengeschlossen. Die libertäre Plattform weist damit ein Spektrum vom klassischen Liberalen bis zum anarcho-kapitalistischen Freidenker auf.

Die Bewahrung, Weiterentwicklung und Umsetzung liberalen Gedankenguts ist unser wesentliches Anliegen, **Freiheit, Eigentum** und **Gleichheit vor dem Gesetz** sind die Leitlinien unserer Politik.

Wir verstehen uns als Antagonistin aller Parteien, Organisationen und Politseilschaften, die die individuelle Freiheit der Menschen einschränken. Wir sehen dabei in der FDP die Partei mit der größten Konzentration von Freiheitsfreunden, und es ist deshalb unser Anliegen, das liberale Profil der FDP wieder zu schärfen. Wir bieten dabei eine Plattform für alle, die sich für liberale Politik auch in anderen Organisationen einsetzen.

Das Grundgesetz – ein Fanal der Freiheit

Wir sorgen uns um unser Land, in dem wir leben, wo kaum noch kontrollierbare und konkurrierende Gewalten fast jeden Lebensbereich mit Gesetzen nach eigenem Ermessen regulieren. Wir sehen, dass die politische Forderung nach "Gleichheit" das Eigentum und die Achtung vor anderen Lebensentwürfen zu zerstören droht. Die Gleichheit vor dem Gesetz wird zunehmend durch die Gleichheit durch das Gesetz ersetzt. Der aufgeblähte Regierungsapparat schöpft über die Hälfte des erwirtschafteten Wohlstandes ab und verteilt diesen für eigene Interessen und Zwecke um, wobei das Grundgesetz immer mehr ausgehöhlt wird.

Wir verstehen das Grundgesetz als strukturellen Beschränkungskatalog der Staatsmacht und als Abwehrgesetz gegen staatliche Übergriffe auf Person oder Eigentum der Staatsmitglieder. Dies ist die historische Wurzel und der ursprüngliche Sinn dieses Gesetzes.

Das Grundgesetz garantiert die Institution des Eigentums. Diese Garantie wird gebrochen, wenn unter dem Deckmantel der "Sozialpflichtigkeit des Eigentums" in weitem Umfang erarbeitetes und ererbtes Eigentum der Umverteilungsmaschinerie der Regierungen einverleibt wird. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes zum "Halbteilungsgrundsatz" ist die traurige Bestätigung dieses Bruches.

Wir setzen uns deshalb für die uneingeschränkte Wiederherstellung des Menschenrechtes auf Eigentum ein und lehnen die zunehmende Tendenz von Gesetzgebung und Rechtsprechung ab, das Grundgesetz in einen umfassenden Staatsaufgabenkatalog umzuwandeln und umzuinterpretieren. Die exzessive Auslegung des sogenannten Sozialstaatsgebotes unterläuft die grundgesetzlich verankerten strukturellen Beschränkungen der Regierungen und ersetzt sie durch eine inhaltliche Allzuständigkeit des Staates.

Wir sehen auch mit großer Sorge, dass das Grundgesetz schrittweise seine Funktion an die Europäische Union verliert, ohne dass die Bürger unseres Landes dazu befragt werden. Da nicht Regierungen, sondern die Bürger den Staat legitimieren, sehen wir die Rechteabgabe an die EU als nicht legitimiert an.

Unsere Vision

Wir sehen einen liberalen Staat, in dem freie Menschen ohne Bevormundung durch Regierungen ihr eigenes Leben gestalten. In dem Eigentum und Eigenart jedes Menschen als unverletzlich geachtet und durch das Grundgesetz garantiert werden. Wir haben eine schlanke Regierung, die zum wirklichen Diener der Bürger geworden ist. Es gibt eine echte Gewaltenteilung, die Macht der Parlamente ist begrenzt. Die Regierungen beschränken sich auf ihre Kernaufgaben:

- die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit,
- die Wahrung der Gleichheit vor dem Gesetz,
- die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit,
- die Wahrung der uneingeschränkten Meinungsfreiheit und
- die Wahrung des Rechtes auf Eigentum, auch an Produktionsmitteln.

Für uns ist Freiheit unteilbar, Freiheit und Marktwirtschaft sind für uns deshalb ein untrennbares politisches Anliegen. Wir wenden uns damit gegen jegliche Art des Antikapitalismus, von welcher Seite er auch vertreten werden mag. Ein grenzenloser Freihandel zum Wohl aller Menschen ist Teil unseres Strebens.

Private Hilfe wird wieder gelebt und ist auch finanziell möglich, weil die Regierungen dem Bürger die notwendigen Ressourcen belassen. Private Institutionen helfen den Bürgern schnell und unbürokratisch, wo Hilfe notwendig ist.

Opferlose Verbrechen werden nicht verfolgt. Dazu zählt jede Form der Selbstschädigung sowie jede Handlung, die auf freien Verträgen zwischen zwei Bürgern beruht und die keine negativen Auswirkungen auf Dritte hat.

Auch wenn nicht alle Ziele von heute auf morgen zu erreichen sind, unterstützen wir mit dem Ziel einer liberalen Gesellschaft und Marktwirtschaft auch schrittweise Verbesserungen im Interesse der Bürger und Steuerzahler in Deutschland.

Daher setzen wir uns für jede politische Maßnahme ein, die die Entmündigung der Bürger durch die Regierungen aufhebt und unser Land ein Stück freier und wohlhabender macht. Das bedeutet für uns einen schrittweisen Abbau staatlicher Bürokratie und die Rückübertragung von Entscheidungsgewalt auf jeden Einzelnen.

Der libertäre Maßnahmenkatalog

Entsprechend dieser Vision setzen wir uns für den schrittweisen, aber vollständigen Rückzug des Staates aus Bereichen ein, über die der Einzelne selbst entscheiden kann. Zu den Maßnahmen, für die wir uns einsetzen, zählen:

Beschränkung der Regierungen

- ein Verbot von Staatsverschuldung
- die Abschaffung des staatlichen Geldmonopols
- der Rückzug der Politik aus Unternehmen
- die Abschaffung der Steuerprogression

Entpolitisierung der Gesellschaft

- die Stärkung des Föderalismus und des Subsidiaritätsprinzips
- die freie Wahl der Bildung
- der Rückzug der Politik aus Kultur und Medien
- ein Ende jeglicher "Familienpolitik"
- die Abschaffung von Zwangsdiensten
- die Wahrung uneingeschränkter Meinungsfreiheit

Marktwirtschaft

- die Abschaffung aller Subventionen und Vergünstigungen
- die Abschaffung von Beschränkungen der Berufs- und Gewerbefreiheit durch Zulassungsordnungen
- die volle Vertragsautonomie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- die Abschaffung des Kammerzwangs
- die Abschaffung von Zwangsversicherungen
- die Abschaffung außenwirtschaftspolitischer Diskriminierungsmaßnahmen wie Zölle
- die Abschaffung staatlicher Einwanderungsregulierungen bei gleichzeitiger Streichung aller Subventionen für Zuwanderer - die Verantwortung für den Zuzug von Ausländern übernehmen Individuen, Arbeitgeber oder Kommunen.

Wir setzen uns innerhalb und außerhalb der FDP dafür ein, mit diesen Maßnahmen unsere Vision von einer liberalen Gesellschaft zu verwirklichen und rufen jeden Liberalen dazu auf, sich uns anzuschließen!

Bonn, am 14. September 2008